

Offener Brief des Jugendhilfeausschusses der Stadt Göttingen

KITAs IN NOT

Forderungen und Empfehlungen an Landesregierung, Kommune, Träger und Eltern

In einer dramatischen KITA-Notlage sucht der Jugendhilfeausschuss der Stadt zusammen mit allen Akteur*innen - Eltern, Erzieher*innen, Trägern und der Kommune – nach Verbesserungen und Auswegen aus der Not der Kitas.

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Göttingen, die Elterninitiativen der Kita Insterburger Weg und der Kita Weende West schließen sich in einer außerordentlichen Sitzung am 24.10.2022 dem Appell des Bündnisses der Freien Träger in der Stadt Göttingen an, der die Lage so beschreibt:

„Unseren Kitas geht die Luft aus. Es gibt einen dramatischen Fachkräftemangel, der sich seit Jahren verschlimmert und nun eine Dimension erreicht hat, die Kürzungen der Betreuungszeit, Gruppenschließungen und sogar Einrichtungsschließungen zur Folge haben wird. Göttingen zeichnet sich durch eine breite Aufstellung der Trägerlandschaft aus. Es gibt über 40 Träger, die mehr als 100 Kitas betreiben. Der Fachkräftemangel zeichnet sich bei allen schon lange ab und ebenso lange weisen wir auf dieses Problem hin. Die Belastungen aus der Pandemie haben die Situation in ihrem Prozess leider noch beschleunigt.“

Das Träger-Bündnis fordert die Erleichterung des Quereinstiegs, die Bezahlung der Ausbildung und die Anerkennung der 7,5 Verfügungsstunden.

Der Jugendhilfeausschuss (JHA) der Stadt Göttingen geht über diese Forderungen hinaus. In einer konstruktiven Debatte ist zum einen ein Forderungskatalog (Pkt. 1+2) an die neue Landesregierung entstanden – mit der großen Hoffnung, die Koalitionsverhandlungen mögen sich in diese Richtung entwickeln. Denn nur mit schneller Hilfe vom Land und grundlegender Verbesserung des niedersächsischen KITA-Gesetzes werden die Kommunen die Krise bewältigen können.

In einem zweiten Schritt (Pkt. 3+4) sind Vorschläge für die kommunale Ebene formuliert, die in einem Dialog zwischen der Kommune, den Trägern von Kitas, den Elternbeiräten, den Kita-Teams und deren Interessenvertretungen umgesetzt werden sollten.

1. Feuerwehr-Sofortmaßnahmen auf Landesebene

- Befristete gezielte **Aussetzung von Landesvorgaben** (v.a. Nds. Kita-Gesetz), um den flexiblen Einsatz des vorhandenen Personals zu ermöglichen, wenn die Schließung von Randzeiten, Gruppen oder der Kita droht. Diese Sofortmaßnahme soll ausdrücklich nur befristet gelten.
- **Elternhilfe und Einsatz ehrenamtlicher Personen schnell ermöglichen:**
Eine weitere Flexibilisierung muss den **§ 11 Abs. 6 Nds. KitaG** betreffen: Im Ausnahmefall (bei drohenden Schließungen) können andere geeignete Personen (z.B. Eltern) auch mehr als 3 Tage im Monat eingesetzt werden. Zudem muss diese Flexibilisierung auch bei eingruppigen Kitas gelten (bislang gilt dies nur ab zweigruppigen Kitas). Da die "anderen geeigneten Personen" entweder als Ehrenamtliche mit erweitertem Führungszeugnis oder als geringfügig Beschäftigte mit der Wahrnehmung von Aufsichtspflichten betraut werden, sind sie über den Träger versichert.
- Schnelle Ausweitung der **Leitungsstunden** (z.B. für Kinderschutz, Anleitung und Koordination für ein multiprofessionelles Team, Teambuilding, Qualitätssicherung) Dies soll analog zu zusätzlichen Entlastungsstunden für Leitungen kleiner Grundschulen während der Coronapandemie organisiert werden.

2. Verbesserungen der KITA-Qualität durch bessere Rahmenbedingungen in Bund und Land – Resiliente Kitas auch in Krisenzeiten

Das Land Niedersachsen setzt sich auf Bundesebene aktiv für die dauerhafte Weiterführung der **Sprachförderkitas**, eine bundesweit standardisierte und bezahlte **duale Ausbildung** und für mehr **Ausbildungsstätten** für Berufsschullehrende ein.

Die neue niedersächsische Landesregierung setzt eine echte **Verbesserung des nds. Kita-Gesetzes so schnell es geht in die Tat um – ohne auf den Bund zu warten**. Denn: Laut neuester Bertelsmann-Studie fehlen in Niedersachsen 45.000 Kita-Plätze und 12.000 Fachkräfte.

Folgende Veränderungen sind für uns dringend:

- Wir unterstützen die Forderung von VERDI zur Gründung einer **Landesausbildungsgesellschaft**, damit die angehenden Erzieher*innen eine Bezahlung erhalten.
- Niedersachsen muss vorangehen und eine **duale Erzieher*innen-Ausbildung** und somit eine Vergütung der Auszubildenden auf den Weg bringen.
Vorbild: PIA = Praxisintegrierte Ausbildung für Erzieher*innen wird als Modell seit 2012 in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen erprobt und sollte auch in Niedersachsen eingeführt werden.
- Stufenplan für eine echte **dritte Kraft** als Schritt zu mehr Qualität
- Ausweitung der **Verfügungszeiten** für die Erzieher*innen
- Ausweitung der **Leitungsstunden**
- Gesetzlich geregelte **Inklusion** in Kitas
- Anerkennung von **ausländischen Abschlüssen**
- Mehr Chancen für **Quereinsteiger*innen**
- Landesweite **Kampagne** zur Gewinnung von Fachkräften für die Kitas
- Einrichtung weiterer **Ausbildungsstätten für Berufsschullehrer*innen** im Bereich Kita-Fachkräfte, auch in Süd-Niedersachsen

3. Feuerwehr-Sofortmaßnahmen auf kommunaler Ebene

- **Randzeiten eher nachmittags schließen...**
und gut an die Eltern kommunizieren, um so die Schließung ganzer Tage zu verhindern.
- **Dem Beispiel anderer Kommunen (Stuttgart) folgen:**
Nicht-pädagogische Aufgaben (hauswirtschaftliche und Verwaltungsaufgaben) durch einen gemeinsamen, trägerübergreifenden Pool externer Arbeitskräfte abdecken
- Die Landesschulbehörde soll die Erhöhung von **Vertretungskapazitäten erlauben**
- Idee: **Randzeiten-Kitas** schaffen, so dass spezielle Schicht-Berufe wie Pflegekräfte sich diese Kitas gezielt aussuchen können.
- Die Stadt Göttingen soll die vollen **7,5 Stunden Verfügungszeit** anerkennen und bezahlen, wie es vom Land ermöglicht wird.
- Die Träger sollen ihr Personal für einen befristeten Zeitraum um **Stundenaufstockung** bitten.
- Die Träger sollen prüfen, wie sie sich **gegenseitig noch stärker helfen** können: Kooperation statt Konkurrenz
- Zwei Kindern sollen sich einen KITA-Platz **teilen können**: vormittags + nachmittags
- Um die Eltern bei Ausfallszeiten entschädigen zu können, soll die KITA-Entgeldordnung der Stadt Göttingen verändert werden.

4. Personalmanagement, Personal halten und gewinnen

Daueraufgabe auf kommunaler Ebene

- **Zufriedenheit** der Mitarbeiter*innen in der Krise aufrecht erhalten und steigern: Supervision, Coaching, Studientage, Fachberatung, „Krisentelefon“ für KITA-Leitungen
- Arbeitsschutzgesetz: **Gefährdungsbeurteilungen** durchführen
- **Entlastung** von Mitarbeiter*innen
- **Springerstellen**: größere Träger haben Springer-Pools; Springer-Pool für kleine Träger
- **Poolausschreibung** wie es die Stadtverwaltung Gö jetzt schon macht
- **Quereinstieg** erleichtern: transparente Informationen unter den städtischen Akteuren
- Erzieher*innen Aufstiegsmöglichkeiten ermöglichen; **Personalentwicklung** in den Kitas ernst nehmen
- **Anwerbeprojekte für Kita-Fachkräfte aufbauen**
 - a) Beschäftigungsförderung Göttingen: Projekt Adelante (Spanische Schüler*innen werden zu Sozialassistent*innen ausgebildet; Projekt auch mit anderen Ländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit; Vielfalt von Sprachkompetenzen einsetzen
 - b) Menschen aus der Ukraine über ehrenamtliche Netzwerke, Migrationszentrum oder Ausländerbehörde für den Kita-Beruf gewinnen
 - c) Anwerberprogramm mit der Bundesagentur für Arbeit und der SüdniedersachsenStiftung entwickeln
- **Kommunalen Ausbildungsvergütungsfonds einrichten**

Da Bund und Land nicht schnell genug agieren, muss die Kommune sich selbst helfen. Aufgrund eines Antrages im Göttinger Rat wird ein Konzept für einen kommunalen Ausbildungsvergütungsfonds im Jugendhilfeausschuss am 17.11.2022 vorgestellt werden. Hier wird die Zusammenarbeit der Kommune mit den Trägern und mit allen BBSen in Stadt und Landkreis Göttingen eine große Rolle spielen.

5. Information und Kommunikation auf kommunaler Ebene verbessern

- zwischen Träger und Eltern
- Zwischen Trägern und Kommune
- Zwischen den Eltern

Auf der kommunalen Ebene soll durch ein Kita-Kommunikationstool das Miteinander zwischen den Akteur*innen und Akteursgruppen deutlich vereinfacht werden: z.B. Zeitmanagement für Kinderzeiten und Elternzeiten. Das Tool muss spezifische Lösungen für die einzelnen Kitas erlauben.

Göttingen, den 27.10.2022

im Namen der fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe des Jugendhilfeausschusses unter Beteiligung der beratenden Mitglieder und zweier KITA-Initiativen (Insterburger Weg und Weende West)

Regina Meyer

Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses der Stadt Göttingen